

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/10934 –**

### **Auswirkungen der hohen Energiekosten auf das Reiseverhalten in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In 2008 sind nur noch 43,5 Prozent der Bundesbürger in die Sommerferien gefahren, das ist ein Minus von 4,4 Prozent-Punkten im Vergleich zu 2007. Das ergab eine repräsentative Untersuchung des Europäischen Tourismus Instituts (ETI). Vor allem die gestiegenen Ausgaben für Strom, Gas oder Benzin haben nach dieser Umfrage auf Basis von gut 2000 Telefoninterviews bei 20 Prozent der Befragten die Reiseplanung beeinflusst. Dabei gaben von denen, die zu Hause blieben, 16 Prozent die höheren Energiekosten als Grund an. Laut ETI-Sommerbefragung haben sich 2008 37,2 Prozent der Befragten im Vergleich zu 32,2 Prozent im Jahr 2007 für einen Urlaub in Deutschland entschieden. Weiterhin zeigt die Tourismuserhebung, dass immer mehr Menschen die Möglichkeit der Internetrecherche und -buchung bei ihrer Reiseplanung nutzen, so dass ein Anstieg von 60,5 Prozent in 2007 auf 65,1 Prozent in 2008 erfolgte. Gleichzeitig griffen nur noch 18 Prozent der Deutschen auf die Dienste eines Reisebüros zurück.

Die ETI-Umfrage kommt auch zum Ergebnis, dass der Klimawandel keine Auswirkungen auf das Urlaubsverhalten der Deutschen hatte.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die vorliegenden Ergebnisse der ETI-Umfrage zum Reiseverhalten der Deutschen?

Die ETI-Umfrage zeigt einen Meinungsausschnitt zu aktuellen Themen des Tourismus. Energiekosten, Internetrecherche und Klimawandel stellen bekannte Herausforderungen für Tourismuswirtschaft und -politik dar. Die vom ETI Befragten haben ihre subjektive Meinung zu einem bestimmten Zeitpunkt geäußert. Diese Meinungen sind jedoch nur zu einem geringen Teil durch die Zahlen der aktuellen amtlichen Tourismusstatistik gedeckt (siehe auch Antwort zu Frage 4).

2. Welche Trends im Reiseverhalten der Deutschen lassen sich aus den vorliegenden Umfrageergebnissen ableiten bzw. bestätigen?

Touristen reagieren wie andere Verbrauchergruppen auch auf Preisveränderungen. Die Bedeutung von Energiepreisen für Reiseentscheidungen wird in Zeiten besonders hoher Energiepreise von den Verbrauchern vermutlich besonders stark gewertet. Allein daraus lässt sich jedoch noch kein Trend ableiten.

Die zunehmende Internetrecherche ist ein bekanntes Phänomen, auf das die Reisebürobranche mit groß angelegten Werbemaßnahmen reagiert.

Die Bundesregierung geht wie die Welttourismusorganisation UNWTO davon aus, dass der Klimawandel das Reiseverhalten in Zukunft spürbar verändern wird.

3. Fließen die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage in die Politik der Bundesregierung ein?

Wenn ja, in welcher Art und Weise?

Die in der ETI-Umfrage thematisierten Fragen sind bekannt und soweit notwendig bereits Gegenstand der Politik der Bundesregierung.

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die höheren Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Grund für die „gedämpfte Reiselust“ der Deutschen sind?

Die Entwicklung des Tourismus ist grundsätzlich erfreulich: 2007 konnte Deutschland 361,8 Millionen gewerbliche Gästeübernachtungen verzeichnen, mehr als je zuvor. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für die ersten neun Monate des Jahres 2008 im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von vier Prozent bei den Übernachtungen ausländischer Gäste und ein Plus von zwei Prozent bei den Übernachtungen von Inländern. Im September 2008 stieg die Zahl der Ausländerübernachtungen um zwei Prozent auf 5,4 Millionen, die Zahl der Inländerübernachtungen ging um einen Prozentpunkt auf 32,1 Millionen zurück. Die Gesamtzahl von 37,5 Millionen entspricht dem Wert des Vorjahresmonats. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise behauptet sich der Deutschland-Tourismus. Rückgänge in der Zukunft können natürlich nicht ausgeschlossen werden. Sie werden momentan jedoch weniger wegen der Energiepreise, sondern aufgrund der eingetrübten wirtschaftlichen Entwicklung befürchtet.

5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung grundsätzlich, Verbraucher und Wirtschaft von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, um insbesondere auch den Tourismusstandort Deutschland langfristig zu sichern und zu stärken?

In ihrem Bericht zur Öl- und Gasmarktstrategie vom 5. November 2008 hat die Bundesregierung dargelegt, dass Wirtschaft und Verbraucher angesichts der mittelfristig zu erwartenden steigenden Knappheiten u. a. bei Öl und Gas nur durch ein Bündel von kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite entlastet werden können. Kurzfristig werden Menschen mit geringem Einkommen durch direkte sozialpolitische Maßnahmen wie die rückwirkend zum 1. Oktober 2008 greifende Wohngeldnovelle von hohen Energiepreisen entlastet. Hierdurch steigt das Wohngeld im Durchschnitt um gut 60 Prozent. Mittelfristig sind Steigerungen der Energieeffizienz unabdingbar; hierzu hat die Bundesregierung mit ihrem Integrierten

Energie- und Klimaprogramm bereits 29 Maßnahmen beschlossen, u. a. eine verbesserte Förderung für energetische Sanierungen von Gebäuden und erneuerbare Energien. Langfristig werden neue technologische Lösungen gebraucht; für Forschung und Entwicklung im Energiebereich hat die Bundesregierung ihre Mittel erheblich aufgestockt.

Um die speziellen Bedürfnisse der Tourismuswirtschaft angesichts hoher Energiepreise auszuloten, hat der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus im August 2008 ein Gespräch mit den Spitzenverbänden der deutschen Tourismuswirtschaft geführt.

6. Welche Maßnahmen zur Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen wird die Bundesregierung ergreifen, um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken?

Siehe Antwort zu Frage 5.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine ähnlich negative Entwicklung zu Lasten der Tourismuswirtschaft in Folge gestiegener Energiekosten abzeichnet?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen begegnen die betroffenen Mitgliedstaaten dieser negativen Entwicklung?

Gestiegene Energiekosten vor allem für Öl und Gas treffen die Mitgliedstaaten der EU insgesamt, auch wenn einzelne Staaten wegen ihres spezifischen Energiemix u. a. in der Stromproduktion unterschiedlich betroffen sind. Die EU-Kommission hat in ihrem am 13. November 2008 veröffentlichten 2. Strategischen Energiebericht die Rolle des Energiemix einschließlich der Kohle und der Kernkraft betont, um Risiken der Versorgungssicherheit und Preisrisiken abzufedern. Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang auch, dass die EU-Kommission ebenfalls am 13. November 2008 Vorschläge für mehr Energieeffizienz gemacht hat (z. B. zur Erhöhung der Energieeffizienz in Gebäuden).

8. Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse vor, welche gesellschaftlichen Gruppen in besonderer Weise ihr Reiseverhalten auf Grund der gestiegenen Energiekosten verändern bzw. einschränken müssen?

Die Gründe für Veränderungen im Reiseverhalten sind vielfältig. Gestiegene Lebenshaltungskosten können ein Grund sein. Die zu beobachtenden Schwankungen der Energiepreise lassen eindeutige Aussagen über energiepreisbedingte Veränderungen im Reiseverhalten nicht zu.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die These, dass insbesondere kinderreiche Familien auf Grund gestiegener Energiekosten auf ihren Urlaub verzichten müssen?

Einkommensschwache Gruppen leiden in der Regel besonders unter Steigerungen der Lebenshaltungskosten, wozu auch die Energiekosten zählen. Der Bundesregierung liegen jedoch keine eindeutigen Erkenntnisse vor, dass die hohen Energiekosten zu erheblichem Urlaubsverzicht geführt hätten. Es lassen sich auch noch keine gesicherten Aussagen darüber treffen, wie die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise Urlaubsentscheidungen beeinflusst (siehe Antwort zu Frage 4). Generell gilt, dass alle Bevölkerungsgruppen am Tourismus teilhaben

sollen. Deshalb fördern Bund und Länder preiswerte Urlaubsmöglichkeiten für Familien mit Kindern.

10. Wie wird die Bundesregierung dieser Fehlentwicklung entgegenwirken?

Siehe Antwort zu Frage 9.

11. Wie bewertet die Bundesregierung die Zukunft der mittelständischen Reisebüros in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Buchungsverhaltens der Reisenden?

Die Zunahme der Internetrecherche im Vorfeld von Urlaubsreisen ist ein bekannter Trend, auf den die Reisebüros in Deutschland mit umfangreichen Werbemaßnahmen reagieren. Wie sich die Reisebüros behaupten, wird die Marktentwicklung zeigen. Nach Branchenangaben lässt sich derzeit eine Renaissance der persönlichen Beratung bei der Reiseplanung und -buchung beobachten.

12. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständischen Reisebüros in der Bundesrepublik Deutschland sind möglich bzw. plant die Bundesregierung?

Die Zunahme der Internetrecherche im Vorfeld von Urlaubsreisen ist ein bekannter Trend, auf den die Reisebüros in Deutschland mit umfangreichen Werbemaßnahmen reagieren. Unmittelbarer Handlungsbedarf für die Bundesregierung besteht hier nicht. Im Übrigen profitiert die überwiegend mittelständisch geprägte Tourismuswirtschaft von der allgemeinen Mittelstandspolitik der Bundesregierung. Speziell der Tourismuswirtschaft zugute kommen die im Bundeshaushalt vorgesehenen Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus und zur Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe.

13. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der ETI-Studie, wonach der Klimawandel keinen Einfluss auf das Reiseverhalten der Deutschen hatte?

Auch nach den Erkenntnissen der Bundesregierung hat der Klimawandel bisher noch keinen entscheidenden Einfluss auf das Reiseverhalten der Deutschen gehabt. Für die Zukunft geht die Bundesregierung jedoch davon aus, dass der Klimawandel das Reiseverhalten spürbar verändern wird. Auch nach Einschätzung der Welttourismusorganisation UNWTO wird der Klimawandel den Tourismus in zahlreichen Zielgebieten gefährden und die Touristenströme verlagern.

14. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre Tourismuspolitik?

Die Bundesregierung fördert naturnahe Urlaubsformen wie z. B. Radfahren, Wandern oder den ländlichen Tourismus. Auch die Marketing-Anstrengungen der Deutschen Zentrale für Tourismus gehen in diese Richtung: Themenschwerpunkt im Jahr 2009 wird Aktivurlaub sein. Die Bundesregierung setzt sich für einen nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt in den Zielländern der Touristen ein.

15. Welche Maßnahmen zur Stärkung der touristischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland plant die Bundesregierung?

Zusätzlich zu den Maßnahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Bundesregierung (siehe auch Antwort zu Frage 12) erarbeitet die Bundesregierung Tourismuspolitische Leitlinien. Sie sind ein Appell an Wirtschaft und Politik, auf die aktuellen Herausforderungen wie den Klimawandel, den demografischen Wandel oder den steigenden globalen Wettbewerbsdruck angemessen zu reagieren, damit der Wirtschaftsfaktor Tourismus noch weiter an Bedeutung gewinnen kann.

16. Wird die Bundesregierung den reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie in der Bundesrepublik Deutschland einführen und für die Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze in der Gastronomie auf europäischer Ebene eintreten?

Die Bundesregierung lehnt eine Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungs- und Gastronomieumsätze ab. Aus derzeitiger Sicht der Bundesregierung sind ermäßigte Umsatzsteuersätze kein geeignetes politisches Lenkungsinstrument. Die auf europäischer Ebene angeregte Grundsatzdiskussion bleibt jedoch abzuwarten.

Die Umsatzsteuer ist zwar einer von mehreren das Preisniveau beeinflussenden Faktoren. Ausschlaggebender in den Bereichen Hotellerie und Gastronomie ist jedoch z. B. die Attraktivität des Standortes, das Klima bzw. Wetter, die Qualität des Angebots oder die Gastfreundlichkeit. Das Preisniveau wird in Dienstleistungsbranchen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe stärker durch die Lohnkosten als durch die Umsatzsteuer bestimmt.

17. Welche positiven Auswirkungen für Verbraucher und Tourismuswirtschaft hat die Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie?

Siehe Antwort zu Frage 16.





